

## **Allgemeines, besonderes, einzelnes: die Bundestagswahl 2002 und die PDS**

Sicher ist das Ergebnis der PDS nicht der Dreh- und Angelpunkt der Bundestagswahlen vom 22. September. Als Symptom der politischen Lage im neuen Deutschland ist es jedoch von Interesse, gerade weil sich in ihm Ost und West so eng verknüpfen. Eine Analyse führt daher auf Ergebnisse, die, wenn sie stimmen, auch unabhängig vom Vertrauen in Parteien und Massenorganisationen brauchbar sein könnten.

### **Die Sieger.**

Von Aufbruch keine Spur. Die Hoffnungen auf ein neues "sozialdemokratisches Projekt" sind lange vergangen. Der Verteilungsspielraum, auf den noch die Reform der "Riester-Rente" gesetzt hatte, ist mit den fallenden Börsenkursen und der Wirtschaftskrise seit dem Sommer 2000 verschwunden. Selbst alte Stammbeschaften sind betroffen, wenn Siemens tausende Leute entläßt und zudem seinen Pensionsfond wegen der Börsenflaute sanieren muß, weil die Altersversorgung der abhängig Beschäftigten an der Börse verheizt wurde. Die Steuerreform hat offensichtlich nicht zu den erwarteten Investitionen geführt. Die Arbeitslosigkeit steigt in einem schönen Konjunkturzyklus, während die Unternehmen entlastet werden. Wie hieß es in den 70er Jahren, beim damaligen sozialdemokratischen Bundeskanzler Hellmut Schmidt?: "Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen sind die Arbeitsplätze von übermorgen." – und auch damals hat das nicht gestimmt. Die Ankündigung der 1:1 Umsetzung des Hartzkonzeptes stellt nicht nur den unmittelbar betroffenen Erwerbslosen, sondern allen abhängig Beschäftigten eine massive Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen in Aussicht. Dennoch haben die von der Krise gebeutelten Sozialdemokraten die Unterstützung der Gewerkschaften. Vorhaben aus CDU und FDP zur Einschränkung des Kündigungsschutzes und zur Einschränkung des Vorranges von Tarifverträgen vor Betriebsvereinbarungen (§ 77 Abs. 3 Betriebsverfassungsgesetz), der Geschäftsgrundlage der deutschen Gewerkschaften, ließen den Funktionären alles andere als kleineres Übel erscheinen. So gelang zum Schluß doch noch eine Mobilisierung der eigenen Apparate.

Lagerwahlkampf? So groß waren die Unterschiede doch nicht. Beide großen Parteien, SPD wie CDU haben mit der Ablehnung "amerikanischer Verhältnisse" geworben. Beide großen Parteien sehen sich dem Spagat zwischen demokratischer Mehrheitsbeschaffung und marktwirtschaftlicher Zurichtung der Bevölkerung verpflichtet. Beide großen Parteien sind in der Lage, ihre kleinen liberalen Bündnispartner in Schach und bei der Stange zu halten. Noch hat die Auseinandersetzung um die sozialen und innenpolitischen Kosten der imperialistischen Vorzugsstellung Europas nicht begonnen. Zwar sind die politischen Entscheidungen zugunsten einer künftigen deutschen Gewaltpolitik mit dem Jugoslawienkrieg gefallen. Aber die deutschen "Verteidigungsausgaben" liegen immer noch auf dem Niveau der 90er Jahre, als man den Ostblock mit DM statt mit Panzern und Raketen vernichtete. Doch die Zeiten ändern sich. Die Wiederkehr des Kolonialismus, der direkten Gwalt Herrschaft der imperialistischen Metropolen in den Interessengebieten und Krisenregionen der restlichen Welt, wird sich nicht mehr kostenneutral bewerkstelligen lassen. Wie dabei die unverbrüchliche Freundschaft unter den euro-atlantischen Imperialisten in die Tat umgesetzt wird, ist diesseits und jenseits des großen Teiches umstritten. Hier hat die rot-grüne Koalition gepunktet: mit ihrem Widerspruch gegen die Kriegspropaganda der US-Administration konnte sie sich den deutschen Bürgern

auch außenpolitisch als kleineres Übel präsentieren. In einem sonst wenig kontroversen Wahlkampf reichte das zu einer Bestätigung der Amtsinhaber, die sich um ein business as usual bemühen.

### **Die PDS zwischen Ost und West.**

Der Osten allerdings wird im neuen Bundestag auf ganz andere Weise repräsentiert werden, als bisher. Wenn es noch Zweifel geben sollte, ob in den letzten 12 Jahren die Herabstufung des ehemaligen Staates DDR zu einer Provinz des neuen Deutschland gelungen ist – die Wahlen vom 22. September und deren andauernde Verarbeitung in der politischen Landschaft sind geeignet, diese Zweifel auszuräumen. Im Anschlußgebiet hat die SPD ihre langjährige Schwäche wieder überwinden können und wurde flächendeckend zur stärksten Partei. Nur in Sachsen konnte die CDU Paroli bieten. Die PDS verlor insgesamt fast 600.000 Wählerstimmen – und diese Verluste kamen fast ausschließlich aus dem Gebiet der ehemaligen DDR. In ihren Stammgebieten wurde die PDS aus dem Bundestag gewählt. Warum?

Leicht wird vergessen, daß die PDS auch im Osten immer nur eine Minderheit mobilisieren konnte, die auf bundespolitischer Ebene chancenlos war und ist. Das hat mehrere Gründe, die nicht nur etwas mit den deutschen Besonderheiten zu tun haben. Sozialistische oder auch nur reformistische Positionen sind weltweit in der Defensive, zumal seit dem Zerfall des Ostblocks. Die Organisationen der abhängig Beschäftigten oder ebenso abhängigen Unbeschäftigten sind von der weltpolitischen Ebene abgetreten und sind auf nationaler Ebene meist auf dem Rückzug. In der Auswahl unter verschiedenen Varianten bürgerlicher Politik führt der taktierende Realismus der "kleinen Leute" aber immer zur Wahl des kleineren Übels, zur Beauftragung einer Herrschaft, von der man die geringeren Schäden erwartet.

Der Weg zum kleineren Übel ist der PDS auf Bundesebene jedoch verwehrt. In den alten und neuen westdeutschen Kerngebieten der Bundesrepublik verfügt die PDS über keinerlei Basis. Einzelne verzweifelte Linke und Sozialdemokraten aus verschiedenen Gewerkschaften suchen heute in der ehemaligen Staatspartei des Ostens ein modernes Zuhause für ihre menschenfreundlichen Ansichten – nur um sich auch in der neuen Partei am Rande wiederzufinden. Die halbherzige Wiederbelebung sozialdemokratischer Konzepte findet keine Unterstützung. Die tatsächliche Entwicklung im modernen Kapitalismus hat ihnen den Boden entzogen. Traditionelle Sozialdemokraten gibt es immer weniger. Ein Beispiel: Anfang dieses Jahres beschloß die "AG Betrieb und Gewerkschaft" der PDS Berlin, Kontakte zur sozialdemokratischen "Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen" aufzunehmen. Aber auch die sozialdemokratische AfA hat in Berlin keine Basisstrukturen mehr. Ohne Partner im Westen hat sich die PDS daher über 12 Jahre in einer Ost-Nische eingerichtet: Sonderwahlgebiet Ost 1990, drei Direktmandate 1994, drei Direktmandate und knapp 5 Prozent in der Anti-Kohl-Wahl 1998, daneben die zunehmenden Erfolge in den Länderparlamenten bis 1998. Seitdem stagniert die Partei, nur der völlige Bankrott der Großen Koalition in Berlin verhalf ihr noch einmal zu Gewinnen und zu Regierungsposten in der Hauptstadt. Sie konnte sich schmeicheln, einen Wählerauftrag zu haben.

Wie alle ehemaligen Staatsparteien des Ostblocks sah die PDS den Verlust jeden Einflusses in der einheimischen Arbeiterklasse nach 1989 nie als Problem. Wie alle Staatsparteien im Ostblock hatte auch die SED in der Wende ihren Arbeiterbestandteil

(etwa 1/3 der Mitglieder bekanntlich damals, aber immerhin) komplett abgestoßen. Das fiel nicht schwer: hunderttausende verließen die Partei, in der sie nichts zu sagen gehabt hatten. Die verbliebenen Mitglieder aus den Betrieben wurden bei der Auflösung der Betriebsparteiorganisationen dezimiert. Zu sagen hatten sie immer noch nichts. Die marginale Rolle der "AG Betrieb und Gewerkschaft" macht das überdeutlich. In 12 Jahren änderte sich daran nichts. Angehörige freier Berufe und Staatsangestellte geben in der PDS den Ton an. Die Mittelstellung zwischen unten und oben ist ihre Lebensaufgabe. Die überalterte Mitgliedschaft kann die Richtung der Politik nur passiv beeinflussen. Sicher, es sieht in Polen, Litauen oder Ungarn nicht anders aus. Dort aber konnten sich die marxistisch-leninistischen Parteien der Arbeiterklasse führend am Wiederaufbau des Kapitalismus und der Ausweitung der NATO in Osteuropa beteiligen, während die SED durch die Schnäppchenjagd der westdeutschen Bourgeoisie und die Diskriminierung des ehemals "staatsnahen" Personals der DDR an solcher Anpassung gehindert war. Da das Territorium und die Bevölkerung der DDR direkt zu einer abhängigen Provinz der alten BRD herabgestuft wurden, bestand keinerlei Nachfrage nach einer Verwandlung von Teilen der Funktionärskaste in eine neue Kapitalistenklasse. Statt dessen disziplinierte eine regierende CDU mit "Rote Socken"- Kampagnen die SPD- Opposition und ersparte der PDS damit die Auseinandersetzungen über eine eigene Beteiligung an der Zurichtung der DDR für die Marktwirtschaft. Ideologisch hat sich die PDS wie ihre Bruderparteien zur sozialliberalen Partei eines neuen Mittelstandes gewandelt. Anders als ihre ehemaligen Genossen in Polen, Ungarn oder Litauen kann sie aber die fehlende Verankerung in der Arbeiterklasse nicht durch Teilhabe an der Macht und die Teilnahme an der Definition des nationalen Interesses kompensieren. Deshalb ist die PDS in sich heterogener als ihre "Bruderparteien", obwohl die gesellschaftlichen Konflikte in Polen, Ungarn oder gar den Nachfolgern der SU nach 1990 selbstverständlich viel schärfer waren und sind.

Die Unterschiede in der PDS sind etwas besonderes, für die Betrachtung der Partei kommt es auf ihre genaue Gestalt an. Die Presse hat schon immer einen klaren Unterschied ausgemacht zwischen dem Mitgliederbestand der PDS und den "Reformern", die man auf keine Fall mit der Partei verwechseln sollte. Die Feststellung ist nicht unbegründet, aber eben nicht richtig genau: immer wieder wurden unter dem Titel der "Reformer" die Ideologen um Dieter Klein und Michael Brie mit den pragmatischen Machern wie Helmut Holter und Dietmar Bartsch verwechselt. Während aber die ersteren Texte produzieren, organisieren die letzteren politische Macht, wenn auch meist nur im Rahmen der Partei. Solange Gregor Gysi und Lothar Bisky die Parteiführung stellten, war dieser Unterschied noch kein Gegensatz. Nach ihnen aber hat es kein Politiker in der PDS mehr vermocht, aus den modern- sozialistischen Traktaten eine politische Orientierung für die Partei zu gewinnen. Zwar war der Zugang der Modernen Sozialisten, der von "allgemeinmenschlichen Werten" und dem "Gemeinwohl" ausging, in weiten Teilen der ehemaligen Staatspartei, die sich ja immer als Vertreter des ganzen Volkes gegenüber egoistischen Gruppeninteressen verstanden hatten, zustimmungsfähig. Aber die Anwendung auf die konkrete Situation, wo man eben keine staatliche Funktion mehr hatte, blieb mehr als unklar. Erst die Manifeste aus Ingolstadt oder Rostock gaben Losungen, die in und von der Mitgliedschaft vertreten werden konnten. In dieser Kombination realisierte die PDS in den 90er Jahren ihre objektiv gegebenen Chancen. Kein Wunder, daß diese Kombination vielen Leute als die Ursache der Erfolge erscheinen musste.

Der Gesellschaftsvertrag zwischen Mitgliedschaft und den führenden Reformern, und damit die Umsetzung des "Modernen Sozialismus", war aber stets gefährdet. Weniger von Seiten der Basis, die sich schon im Mai 1990 folgen- und gedankenlos über die Charakterisierung der SED als einer "reaktionären Partei" geärgert hatte. Die Gefährdung ging von der Führung aus, die aus ihrer Einschätzung der politischen Notwendigkeiten reformistischer Politik in Deutschland immer neue Anforderungen an das Parteivolk stellten. Der Bruch in Münster 1999 zeigte deutliche Ermüdungserscheinungen auf beiden Seiten. Die Modernisierer gaben es auf, die in ihren Augen träge Masse mitzuziehen. Sie hatten längst ihre eigenen Einflüßbereiche, nicht zuletzt in den verschiedenen Parlamenten. Die Delegierten lehnten es ab, ihren Vorturnern überallhin – hier zu UNO- Militäreinsätzen – zu folgen. Anders als 1990 sahen sie ihren Platz in der Gesellschaft nicht mehr prinzipiell in Frage gestellt. Aus ihrer Sicht gab es für die Abkehr von den bewährten Prinzipien der PDS gar keinen Anlass, da die Partei mit ihnen doch gut gefahren war. Im Westen als letzte Opposition mit Geld und großen Spielräumen, im Osten als alternatives Führungspersonal bis auf die Landesebene.

Die Leute um Gysi erkannten präzise den Haken der Konstellation: eine gesamtdeutsche Perspektive fehlte, mehr noch, beide Teile der Partei in Ost und West entwickelten sich eher auseinander. Ihre Antwort war nicht besonders originell: sie wollten – und wollen – durch eine gesamtdeutsch regierungsfähige PDS die SPD von links beeinflussen und so ihre Reformkonzepte auf die Tagesordnung des Bundeskabinetts hieven. Die Bruderparteien im Ostblock hatten sich ähnlich verhalten. In Deutschland jedoch sind die Bedingungen für eine solche Anpassung der ehemaligen Staatssozialisten nicht gegeben. Eine eigenständige Basis in einem selbstbewußten ostdeutschen Mittelstand, der sich seine Eigentümer selbst organisiert hat und seine Werkstätigen eigenhändig ausbeutet, hat die PDS nicht zu bieten, weil es einen solchen Mittelstand nicht gibt. Die Modernisierer haben versucht, dies soziale Manko durch ein Mehr an Ideologie zu kompensieren – und sind gescheitert. Interessanter Weise finden wir auch ihre innerparteilichen, "linken" Gegner ganz auf das Feld der theoretisierenden Debatte beschränkt. Auch hier resultiert der ideologische Eifer aus einem politischen Defizit, wenngleich anderer Art: die Anhänglichkeit an die DDR verträgt sich schlecht mit der Anerkennung der sehr materiellen Interessen, aus denen sich die DDR- Deutschen für den Westen entschieden haben.

Nach Münster kam die Parteiführung ins Amt, welche die Partei im Wahljahr führte: Ein Kompromißpaket. Zwar blieben die "Linken Kritiker" wie immer außen vor, aber auch die liberalen Reformer sahen sich in der Minderheit und zu Kompromissen gezwungen. Man kann deren Mißmut ja für Einbildung halten - z.B. wegen ihrer Hegemonie in der Frage eines neuen Programms. Aber auch Einbildungen wären politisch wirksam. Und was andere Leute in ihrem Kopf haben ist für mich so objektiv real, wie die berühmten Ziegel, die manchen Leuten auf den Kopf fallen. Die Modernisierer schritten zur halbherzigen Demontage der Vorsitzenden, gerade weil die für die unentschlossene Parteimehrheit stand, die nicht mehr mitgenommen werden konnte. Die Entwicklung in Berlin und den Warnschuss aus Sachsen- Anhalt konnte die Partei (nicht nur die Führung) nicht mehr politisch verarbeiten. Der Beschluß der Abgeordnetenhausfraktion über die "Risikoabschirmung" für die Bankgesellschaft Berlin markiert den Wendepunkt. Nicht nur die Wählerschaft, vor allem die Parteibasis beantwortete die Sanierungspolitik des Senates mit einem verständnislosen Rückzug

aus der aktiven Politik. Der Rücktritt Gysis war nur eine Zutat. Von außen betrachtet nahm die Partei surreale Züge an. Während die Wahlkämpfer auf den Berliner Straßen nur noch von Zeit zu Zeit ihrer parteilichen Pflicht nachgingen, spekulierten offizielle Vordenker wie der Leiter der Grundsatzabteilung Thomas Falkner über eine Wahl des Bundeskanzlers mit Hilfe von PDS- Abgeordneten. Am Ende der Kompromisse stand das Wahlergebnis. In Berlin war der Abstieg besonders heftig: in den östlichen Stadtbezirken sank der Stimmenanteil von 48% bei der Wahl des Landesparlamentes auf 24,5 % bei der Bundestagswahl – in nur einem Jahr.

Die Verluste der PDS gehen in zwei Richtungen. Zum einen verlor sie an die SPD. Gegenüber den taktischen Spekulationen der Wähler hatte die Partei nicht viel zu bieten. Vor allem aber vergrößerte sich das Heer der Nichtwähler, die mangels einer überzeugenden Alternative zu Hause blieben. Nun musste die Partei auf die Krise antworten: Allein der Verlust der Bundestagsfraktion kostet sie etwa 200 hauptamtliche Funktionäre (38 Abgeordnete und etwa 160 Mitarbeiter), hinzu kommen die verminderten staatlichen Zuwendungen. Wer aber ist die Partei und soll für sie sprechen? Alle politischen Richtungen in der PDS sahen sich durch die Niederlage bestätigt: wäre man nur ihnen gefolgt, und zwar konsequent, dann wäre alles viel besser gekommen.

### ***Tagesordnungspunkt: Parteikrise***

Die Stellungnahmen sind so widersprüchlich wie die Partei noch ist: sie reichen von der Forderung radikalierter Liberalisierung durch Gregor Gysi und André Brie über die Kontroversen der seinerzeitigen Parteiführung bis zu den sozialdemokratischen (Peter Porsch) oder sozialistischen Kritiken aus dem sächsischen Landesverband. Die einen wollen den Widerspruch zwischen Anspruch und Politik der PDS dadurch lösen, daß der sozialistische Anspruch wegreformiert wird. Die anderen wollen die Partei auf Elemente des geltenden Parteiprogramms festnageln. Die Modernen Sozialisten um Dieter Klein und Michael Brie beschwören die Notwendigkeit eines klaren Profils der Partei "links von der SPD" – und können bei aller Sachlichkeit doch nicht zugeben, daß sich die Regierungsbeteiligungen verheerend ausgewirkt haben. Von den Modernen Sozialisten bis hin zu ihren erklärt marxistischen Kritiken zieht sich die Klage über die starke Stellung der Parlamentsfraktionen im Leben der Partei. Aber an eine Änderung der derzeitigen Politik der Partei denken die Genossen nicht, ihre Vorschläge erschöpfen sich im ideologischen und personellen. Zu Recht. Der Leidensdruck und Veränderungsdruck sollte nicht überschätzt werden. Auf kommunaler und Landesebene sind die Parteistrukturen im Osten unerschütterter. Die dort praktizierte Politik war aber die Grundlage für die modern- sozialistischen oder nur machtgeilen Spielereien auf Bundesebene. Eine Gegenposition hat auch auf dem nächsten und übernächsten Parteitag keine Chance auf eine Mehrheit. In Mecklenburg-Vorpommern, wo ein Absturz wie in Berlin zu verzeichnen ist, hatte man sich sofort auf die Fortsetzung der Koalition festgelegt.

Auf dem Geraer Parteitag hat nicht die Vorsitzende gewonnen und keine bestimmte Strömung, sondern die Mitte der Partei, die ihrer Erzieher überdrüssig war. So richtig glaubten selbst Bartsch und co. nicht an einen Erfolg. Petra Pau demontierte ihre mögliche Kandidatur gleich selbst, indem sie über das baldige Ende der Partei räsonierte. Bartsch war als erfolgloser Bundeswahlleiter keine Alternative. Der Berliner LV sprang verbal in die Bresche, ohne einen Personalvorschlag zu machen. Die

Modernisierer konnten nur noch gewinnen, wenn die Gegenseite sich selbst aufgab. Zu einem Rückzieher hat man Frau Zimmer nicht bekommen. Auch wer ihre politischen Positionen nicht teilt, wie der Autor dieser Zeilen, wird der Frau aus Thüringen die sportliche Anerkennung für diese persönliche Leistung nicht versagen. Thüringen und Sachsen – die beiden Landesverbände ohne Aussicht auf Regierungsbeteiligung – standen hinter der Vorsitzenden. Gera war entschieden, bevor der Parteitag zusammenkam.

Die erklärten Linken schlossen sich der Mehrheit an, mit etwas schärferer, aber klar selektiver Kritik. Weder wurde deutlich gesagt, was denn nun an den Koalitionen in Berlin und MV unzulässig ist. Noch wurden die bisherigen parlamentarischen "Sündenfälle" der Schweriner Genossen in Fragen der Steuer- und Rentenreform angegriffen. Die Mehrheit und ihre Vorsitzende hatten all dies mitgetragen und verteidigt. In der Sache ist alles offen, daß heißt aber, beim alten geblieben. Nichts macht dies deutlicher als der Slogan vom gesellschaftlichen "Mitte- Unten- Bündnis", denn eine alternative politische Praxis ist nicht einmal im Ansatz erkennbar. Auf der "Linkliste" der homepage der Parteivorsitzenden ([www.gabizimmer.de](http://www.gabizimmer.de)) findet sich keine einzige gewerkschaftliche, geschweige denn linksgewerkschaftliche website. Dazu passt der ungeänderte programmatische Bezug auf die Modernen Sozialisten um Michael Brie und Dieter Klein. Mit etwas geändertem Personal werden auch die Modernisierer sich reorganisieren. Die aktuellen Intrigen um den stellvertretenden Bundesvorsitzenden Dieter Dehm fügen allein den privaten Biographien der Beteiligten einige weitere zweifelhafte Seiten hinzu.

Für die Konflikte, die auf der Tagesordnung stehen, reicht das nicht. Die Berliner Regierungsbeteiligung setzt alle sozialen Konflikte der Republik auf die Tagesordnung. Nach der treffenden Aussage einer Genossin aus Marzahn befindet sich die Partei dabei aber "auf beiden Seiten der Barrikade". Der Parteivorstand will eine Kampagne in Sachen Hartz organisieren, während sich der rot-rote Senat in konstruktiver Detailkritik übt. Unter dem zynischen Label "Sozialpakt" kündigt der rot-rote Senat in Berlin gerade die Sozialpartnerschaft auf: Massenentlassungen oder Zustimmung zur Demontage des Flächentarifvertrag im öffentlichen Dienst. "Berlin muß sparen. Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt." Selbst die Kungeleien gewöhnte Berliner Dienstleistungsgewerkschaft ver.di kann zur Zeit keinen goldenen Mittelweg mehr finden. Die PDS agitiert gegen die Bremser und Egoisten in den Gewerkschaften - die GEW Berlin, organisatorisch und politisch einigermaßen beieinander, bereitet Streiks im Lehrerbereich vor. Obwohl massiv genebelt werden wird - Klärungen lassen sich nicht mehr vermeiden. Ob nach diesen Klärungen von der PDS mehr übrig bleibt, als ein Netzwerk ostdeutscher Politprofis, wird sich zeigen.

PS: Zu den Berliner Angelegenheiten gibt es seit diesem Jahr ein zuständiges Blatt: "berlin von unten". Nummer 3 erscheint noch im Dezember 02.

Kontakt: Stefan Müller, Kopernikusstr. 33, 10243 Berlin,  
e-mail: [solidarisches.soziales@berlin.de](mailto:solidarisches.soziales@berlin.de)

In Sachen Hartz: Mal wieder [www.labournet.de](http://www.labournet.de) besuchen - oder [www.anti-hartz.de](http://www.anti-hartz.de).

-

Erstveröffentlichung: telegraph # 107, Dezember 2002